



## „Wir wollen nach wie vor eine Bürgerpolizei“

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow sprach beim Parlamentarischen Frühlingsempfang der CDU-Landtagsfraktion

**Kiel/tgr** – Mit dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Oliver Malchow (Foto) als Gastredner hatte die CDU-Landtagsfraktion Vertreter aus allen gesellschaftlichen Bereichen zum traditionellen Parlamentarischen Frühlingsempfang in die Villa 78 der Hermann-Ehlers-Akademie eingeladen. Unter den zahlreichen Gästen wie Wolfgang Kubicki (FDP) befanden sich ungewöhnlich viele Polizisten, vorrangig aus der GdP, darunter der Landesvorsitzende Manfred Börner sowie sein Vertreter Torsten Jäger. Von der Polizeiführung war Heiko Hüttmann in der Villa 78 erschienen.

Der Fraktionsvorsitzende Daniel Günther zeigte sich erfreut, den GdP-Bundesvorsitzenden als Gastredner gewonnen zu haben. „Die Innere Sicherheit des Landes steht seit Monaten im besonderen Fokus der Öffentlichkeit. Dabei spielt die Arbeit der Polizei eine herausragende Rolle“, sagte Günther in seiner Begrüßung. Die ohnehin hohe Belastung der Beamtinnen und Beamten habe sich insbesondere durch die große Anzahl der Flüchtlinge weiter erhöht. „Oliver Malchow kenne die Polizeiarbeit in ihren viele Facetten auch als Schleswig-Holsteiner wie kaum ein anderer“, sagte Günther. Und der Fraktionsvorsitzende wurde nicht enttäuscht. In seiner gut halbstündigen Rede streifte Oliver Malchow alle Themen, die die Polizeien des Bundes und der Länder aktuell berühren. „Die Innere Sicherheit hat in Deutschland in den vergangenen Monaten die Bedeutung erlangt, die die GdP schon lange gefordert hat“, so Malchow.

Die zunehmende Terrorgefahr, die Flüchtlingswelle sowie die Zuwächse bei der Alltagskriminalität wie Wohnungseinbrüche und Cybercrime hätten offenbar auch den politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene endlich die Augen ge-

öffnet. „Der Staat hat die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Dies ist Kernaufgabe der Polizei“, machte Malchow deutlich.

Dafür brauche die Polizei auch das notwendige Vertrauen. Misstrauenserklärungen wie die Einführung von Polizeibeauftragten, unabhängigen Demonstrationsbeobachtern

sowie die Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten stünden dem entgegen, während die Herausforderungen für die Polizei zunähmen. So sei die Belastungssituation der Polizei dramatisch, sagte Malchow weiter. Alleine 20 Millionen Überstunden hätten die Polizisten zu schultern. „Das allein entspricht 9000 fehlenden Beamtinnen und Beamten“, machte Malchow den Zuhörern deutlich. Und die Aufgaben der Polizeien im Bund und in den Ländern hätten zu- statt abgenommen. Prävention und Verkehrserziehung seien aber nach wie vor Kernaufgaben der Polizei und dürften trotz Aufgabenkritik nicht aus den Augen verloren werden. Ebenso bereite die zunehmende Gewalt gegen polizeiliche Einsatzkräfte der GdP große Probleme. Insgesamt fast 63 000 Polizeibeamtinnen und -beamte seien im vergangenen Jahr Adressaten von körperlichen wie verbalen Attacken in vielfältiger Form gewesen, berichtete der GdP-Bundesvorsitzende. „Wir wollen aber nach wie vor eine Bürgerpolizei. Die Fol-



gen dieser Gewaltzunahme könnten dies absehbar jedoch gefährden“, zeigte sich Malchow besorgt. Eine Absage erteilte der GdP-Chef erneut dem Einsatz der Bundeswehr im Innern. Diese Diskussion sollte nicht wieder geführt werden. Die Aufgaben und Rollen der Polizei und der Bundeswehr seien zu unterschiedlich.

Letztlich hätten die im Rahmen der bundesweit geführten GdP-Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ geforderten Personalforderungen mit Blick auf die Belastungen und Herausforderungen der Polizei Bestand. Und auch für den Bereich der Justiz seien entsprechende Anhebungen des Personalbestandes unabdingbar.

Angetan zeigten sich sowohl Daniel Günther als auch der CDU-Landesvorsitzende Ingbert Liebing von den Ausführungen Oliver Malchows. „Es waren beeindruckende Ausführungen und Hintergrundinformationen, die auch für die politische Arbeit der Landes-CDU sehr hilfreich sind“, so die beiden Politiker.

**Foto/Text: Thomas Gründemann**



FRAUENGRUPPE/SEMINAR

# „Basenfasten, gesunde Ernährung im Alltag und im Berufsleben“

Frauenseminar mit Ernährungsberaterin

Die Landesfrauengruppe der Gewerkschaft der Polizei führt im Oktober 2016 ein Seminar zum Thema „Basenfasten, gesunde Ernährung im Alltag und im Berufsleben“ durch!

Termin: **10. 10. bis 14. 10. 2016**

Ort: **Gästehaus der Ameosklinik im Heiligenhafen**

Seminarleitung: **Ernährungsberaterin Antje Hinz**

Kostenbeitrag für GdP-Mitglieder: 100 Euro

Nichtmitglieder: 200 Euro

Das Seminar ist als Bildungsurlaub beantragt! Die Teilnehmerzahl ist auf 12 begrenzt!

Informationen zu Frau Hinz und zum Basenfasten unter:

www.erlebnis-basenfasten.de

www.vitality-life-coaching.com

Anmelden könnt ihr euch bei:

Dorith Stubenrauch-Schulz

Geschäftsstelle der GdP

Max-Giese-Straße 22

24116 Kiel

Tel.: 04 31/1 22 10 15

E-Mail: dorith.schulz@gdp.de

Die Anmeldung sollte bis zum 30. 6. 2016 erfolgen!

Sollten mehr als 12 Anmeldungen eingehen, entscheidet das Losverfahren!

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der

**Ausgabe 7/2016:**

**Dienstag, 7. Juni 2016**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

### Geschäftsstelle:

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
Telefax (04 31) 1 70 92

### Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur:  
Thomas Gründemann  
Geschäftsführender Landesvorstand  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
E-Mail: [gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de](mailto:gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de)

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

## SENIORENSEMINAR

### GdP-Seniorensseminar 2016

Das Seniorensseminar findet vom 8. bis einschließlich 10. August 2016 in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Ehe-/Lebenspartner sind wieder herzlich willkommen. Für sie entstehen anteilige Kosten in Höhe von 130 Euro. Die Ei-

genbeteiligung für GdP-Mitglieder beträgt 50 Euro. Infos und Anmeldungen ab sofort bei der GdP-Geschäftsstelle Dorith Stubenrauch-Schulz, Tel.: 04 31/1 22 10 15. Anmelde-schluss: 15. Juli 2016.

**F. Poster, Landesseniorenvorsitzender**

## Wir gedenken unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

**Frank Briese**, 62 Jahre  
**Rolf Mönnich**, 92 Jahre  
**Gertrud Umbach**, 89 Jahre  
Regionalgruppe AFB

**Werner Karlinski**, 79 Jahre  
**Walter Lamp**, 91 Jahre  
**Manfred Lüdemann**, 76 Jahre  
**Helga Warnow**, 92 Jahre  
Regionalgruppe Kiel-Plön

**Michael Haase**, 39 Jahre  
**Elli Kelm**, 81 Jahre  
**Karlheinz Schafirinski**, 75 Jahre  
**Hermann Schilling**, 86 Jahre  
Regionalgruppe Lauenburg-Stor-marn

**Adolf Harms**, 89 Jahre  
**Heinz Werft**, 93 Jahre  
Regionalgruppe Lübeck-Osthol-stein

**Alwin Christiansen**, 96 Jahre  
**Holger Schlüter**, 57 Jahre  
Regionalgruppe Nordfriesland

**Michael Schmidt**, 60 Jahre  
**Wolfgang Schumacher**, 73 Jahre  
**Dieter Stoebe**, 85 Jahre  
**Charlotte Sump**, 103 Jahre  
**Ronald Wendt**, 79 Jahre  
Regionalgruppe Schleswig-Flens-burg

**Hertha Blank**, 87 Jahre  
**Chris Karstens**, 33 Jahre  
**Herbert Reichel**, 90 Jahre  
**Helga Waschelewski**, 75 Jahre  
Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte

**Marie Rosa Hennings**, 92 Jahre  
**Hanna Redel**, 91 Jahre  
**Margaretha Staaden**, 93 Jahre  
**Mario Wedtke**, 53 Jahre  
Regionalgruppe Steinburg-Dith-marschen



## POLIZEITECHNIK UND EIGENSICHERUNG

# Erprobung von Body-Cams

Innen- und Rechtsausschuss des Landtages holt Stellungnahmen ein

**KIEL.** Der Innen- und Rechtsausschuss des Landtages hatte zwei Anträge (einmal der CDU-Fraktion und den Gegenantrag der Piraten) zu beraten: Es ging um den Einsatz der Body-Cams bei Polizeibeamtinnen und -beamten. Am 4. Mai beschäftigte sich der Ausschuss damit und beschloss, zusätzliche Anhörungen des Innenministers und des Unabhängigen Datenschutzzentrums Schleswig-Holstein (ULD) durchzuführen.

**Die beiden genannten Anträge stehen konträr zueinander: Während der Antrag der CDU den unverzüglichen Einsatz fordert, lehnen ihn die Piraten offensichtlich ab. Die GdP hob in ihrer Stellungnahme die Funktion der Eigensicherung von Body-Cams hervor.**

Nach Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des FDP-Landtagsabgeordneten Dr. Ekkehard Klug sind 1082 Gewaltdelikte allein 2015 gegen 2012 Beamtinnen und Beamte zu registrieren gewesen. Dabei wurden 355 Beamtinnen und Beamte verletzt. Eine Zahl, die deutlich zu hoch ist und auf keinen Fall als berufsimmanent für die Polizei gesehen werden darf. Auch Polizeibeamtinnen und -beamte besitzen ein Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Um Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte zu vermeiden, ist bereits eine Reihe von Beschlüssen getroffen worden und sind Maßnahmen erfolgt. So hat die damalige schwarzgelbe Landesregierung mit dem Innenminister Schlie eine Untersuchung zu Ursachen der Gewalt gegen Polizeibeamte des KFN mitgetragen, rot-grüne Landesregierungen haben darüber hinaus umfangreiche Maßnahmen zum persönlichen Schutz der Einsatzkräfte getroffen – von der persönlichen Schutzausrüstung bis hin zum Einsatztraining.

All dies zeigt, dass die Maßnahmen sicher sinnvoll und hilfreich sind, aber angesichts der genannten Zahlen bisher nicht ausreichen. Auf dieser Ebene entstand die Forderung der GdP, die Wirksamkeit von sogenannten Body-Cams zu erproben. Einige andere Bundesländer haben bereits Erprobungsphasen angekündigt, beschlossen und durchgeführt bzw. abgeschlossen. Deshalb tritt auch die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein, für eine solche Erprobung ein.



Zuvor müssen jedoch bestimmte rechtliche Anforderungen überprüft und getroffen werden, damit eine solche Erprobung beanstandungsfrei durchgeführt werden kann. Das Gleiche gilt auch für einen späteren Einsatz.

Die Gewerkschaft der Polizei verspricht sich angesichts der hohen Zahl der Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte, dass der Einsatz von Body-Cams bei möglichen Straftätern abschreckende Wirkung entfaltet. Die Erfahrungswerte der hessischen Landespolizei, die in Frankfurt einen einjährigen Versuch durchgeführt hat, zeigen dies.

So ist dort im Zeitraum vom 27. Mai 2013 bis zum 26. Mai 2014 die Zahl der Widerstandsdelikte um 37,5% gesunken. Die mit einer Body-Cam ausgestatteten Polizeibeamten berichteten darüber hinaus von Folgendem:

- Es gibt eine gesteigerte Kooperationsbereitschaft in Kontrollsituationen,
- darüber hinaus kann eine verminderte Aggressivität festgestellt werden,
- der völlige Rückgang von Solidarisierungsinitiativen Unbeteiligter,
- und Rückzug potenzieller Störer.

Und auch das wurde zu Protokoll gegeben: Die mit Body-Cams ausgestatteten Polizeibeamtinnen und -beamten fühlten sich sicherer in Bezug auf das polizeiliche Gegenüber.

Die technischen Voraussetzungen (Speicherung und Batteriekapazität) gestatten (derzeit) keinen Permanenteinsatz, sodass Aufnahmen nur situativ entstehen.

Die GdP Schleswig-Holstein weist darauf hin, dass die Body-Cams zwar Bildmaterial, nicht aber Ton aufnehmen bzw. speichern sollen.

Als Rechtsgrundlage dürfte § 184 (3) LVWG einschlägig sein.

„Zum Schutz einer Polizeivollzugsbeamtin oder eines Polizeivollzugsbeamten oder eines Dritten kann die Polizei bei polizeilichen Maßnahmen nach die-

sem Gesetz oder anderen Rechtsvorschriften erforderlichenfalls personenbezogene Daten offen durch Bildaufnahmen und Bild- oder Tonaufzeichnungen anfertigen. Die Aufnahmen und Aufzeichnungen sind spätestens drei Tage nach dem Anfertigen zu löschen. Dies gilt nicht, wenn diese zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung benötigt werden.“

Man könnte unter Umständen hierzu auch § 100 h StPO heranziehen und diese Rechtsnorm für den Einsatz der Body-Cams anwenden (Beweisführung im Strafermittlungsverfahren).

Nach der genannten Gesetzesregelung können Body-Cams aber nicht in Privatwohnungen zum Einsatz kommen. Dies ist aus Sicht der GdP eine Schwachstelle und damit bedauerlich, weil sich eine Vielzahl von Aggressionsdelikten gegen Polizeibeamte gerade in Wohnungen abspielen. (Einsätze wegen häuslicher Gewalt, Lärmbelästigungen, sonstige Familienstreitigkeiten).

Die Akzeptanz in der Bevölkerung? Eine Befragung der Lübecker Nachrichten vom 16. Februar 2016 ergab unter 1095 abstimmenden Personen eine Zustimmung von 82%, eine Ablehnung von 13% und keine Meinung hatten 5%. Auch wenn diese Abstimmung nicht repräsentativ war, zeigt sie doch eine große Zustimmung in der Bevölkerung.

Zusammenfassung:

- Die GdP Schleswig-Holstein spricht sich für eine (einjährige) Erprobung des Tragens von Body-Cams aus.
- Alleinige Zielrichtung ist die Verbesserung der Eigensicherung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.
- Das Tragen der Body-Cam bleibt jeder Beamtin/jedem Beamten überlassen und erfolgt auf freiwilliger Basis.
- Erprobung und Einsatz erfolgen in enger Abstimmung mit dem ULD.
- Als Erprobungsort werden besonders belastete Polizeidienststellen empfohlen.

– Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3849

Überwachungskameras verhindern keine Gewalt gegen Polizeibeamte  
– Änderungsantrag der Fraktion der Piraten, Drucksache 18/3885

**K.-H. Rehr**



# GdP-Intensivtraining für Motorradfahrer

**Boksee/Kiel.** Das GdP-Sicherheitstraining für Motorradfahrer hat Tradition: Im Frühjahr gibt es das stets sehr nachgefragte Training für Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer. So auch in diesem Jahr. 30 Zweiradfahrer hatten sich auf der ADAC-Fahrsicherheitsanlage in Boksee bei Kiel eingefunden. Trainer Jens Pfeiffer, Fachmann beim ADAC, leitete die ganztägigen Übungen.

Richtiges Bremsen, gekonntes Ausweichen, ideales Kurvenfahren, Fahren bei Nässe waren einige Stichworte, die Bestandteil von Theorie und vor allem Praxis waren. Mit eigenen Maschinen standen und fuhren Fahrerinnen und Fahrer den ganzen Tag auf dem Übungsgelände.

Gemeinsam mit dem Bildungswerk Schleswig-Holstein war auch in diesem Jahr die GdP Veranstalter. Mitzubringen waren komplette Motorradschutzbekleidung mit Hand-



Ausweichen und Kurvenfahrten wurden geübt.

schuhen, Helm und Overall. Die GdP stellte Trainer, Mittagsimbiss sowie eine Versicherung für Personen- und Sachschäden. Stefan Platte, Teilnehmer der Veranstaltung,

schrrieb zwei Tage später: „Ich möchte mich für die Teilnahme an diesem Training in Boksee bedanken. Die Veranstaltung war klasse!“

rr

## LESERBRIEF

# Mache das nicht noch mal mit

Leserbrief von Sören Fenske zur Unterbringung in der PD AFB

Ich befand mich in der Zeit vom 25. Januar bis zum 26. Februar beim „ZSK-Lehrgang“ in der PD AFB. Da ich an der Westküste wohne und meine Fahrzeit nach Eutin eindreiviertel Stunde beträgt, war ich zum Wohnen während des Lehrgangs dort „verdonnert“. Die Wohnverhältnisse dort sind bekanntermaßen „unterste Schublade“ und für eine Erwachsenenfortbildung absolut ungeeignet. Ich durfte ein Dreibettzimmer alleine bewohnen, da mein Stubennachbar aus Lübeck kam. Doch das machte die ganze Sache nicht unbedingt besser. Die Zimmer dort befinden sich in einem desolaten Zustand. An den Sockelleisten und unter den Schreibtischen hat sich der Dreck der letzten Jahrzehnte gesammelt. Der Parkettfußboden ist abgenutzt und seit mehreren Jahren nicht gepflegt worden (in meiner Ausbildung haben wir wöchentlich gebohnt ...). Das Inven-

tar ist zum Teil beschädigt und wird offenbar nicht repariert. Die Betten (Hochbetten) mögen für Kinder und Jugendliche nett sein, weil sie natürlich platzsparend sind, aber für mich (nach mittlerweile zwei Bandscheiben-OPs) war es absolut kein Vergnügen, ins Bett hinein- bzw. morgens schlaftrunken herauszuklettern. Ich bin mit Sicherheit keiner dieser notorischen Nörgler oder verwöhnt, aber ich habe mir geschworen, dass ich das nicht noch einmal mitmache. Beim nächsten Mal werde ich mich weigern, in so einer Unterkunft zu nächtigen, und notfalls den Lehrgang vorzeitig beenden. Aber: Der Lehrgang samt Leitung war super. Da gibt es absolut nichts zu meckern. Auch die Verpflegung in der Kantine ist absolut klasse. Meine Beschwerden bezüglich des Zimmers habe ich bei der Lehrgangsleitung natürlich vorgebracht. Die Kollegen geben diese

Beschwerden selbstverständlich an die zuständigen Stellen weiter – passieren tut allerdings nichts. Im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung war ich bereits im Herbst letzten Jahres mit dem ZSK Itzehoe bei der PD AFB. Anschließend hat sich ein Kollege unseres Kommandos mit demselben Anliegen direkt an den dortigen SB 44 gewandt. Die Antwort darauf lautete sinngemäß, dass man um die Umstände wisse, wegen fehlender finanzieller Mittel daran jedoch nichts ändern könne. Das kann es doch nicht sein!!! Für mich steht jedenfalls fest: Mehrtägige Veranstaltungen dort werde ich unter diesen Umständen nicht mehr besuchen! Und ich weiß, dass viele andere Kollegen genauso denken.

**Sören Fenske**

**Anm. d. Red: Eine Stellungnahme zur Unterbringung in der PD AFB während der Fortbildung folgt in der kommenden Ausgabe.**



## JUNGE GRUPPE

**Qualitätsanspruch bei Ausbildung muss erhalten bleiben**

GdP-Nachwuchs im Gespräch mit SPD-Landtagsabgeordneten Poersch und Lange

**Eutin** – Die Wohn- und Unterrichtsbedingungen für die Auszubildenden in der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung sowie Bereitschaftspolizei (PD AFB) sowie die beruflichen Perspektiven für den Nachwuchs bei der Landespolizei waren Hauptthemen eines Gespräches, zu dem sich Vertreter der JUNGEN GRUPPE, der GdP-Nachwuchsorganisation, mit den beiden SPD-Landtagsabgeordneten Regina Poersch und Simone Lange trafen. Axel Dunst, Vorsitzender der Regionalgruppe AFB, hatte das Treffen im Kasino der PD AFB organisiert. Anlass für den Austausch war ein Positionspapier, das die GdP-Nachwuchsorganisation „für ein zukunftssicheres Auftreten der Polizei“ formuliert hatte. Im Gespräch mit den beiden Landtagsabgeordneten gaben Broder Petersen und Katharina Masannek den beiden Abgeordneten einen Einblick in die Lebensumstände des Polizeinachwuchses in der PD AFB. Und auch die bevorstehenden Veränderungen am Standort auf Hubertushöhe wegen der von der Landesregierung entschiedenen erhöhten Einstellungszahlen und die damit verbundene Ausweitung der Ausbildungskapazität in den kommenden Jahren wurden besprochen. „Es ist ein richtiger Schritt, die Einstellungszahlen zu erhöhen, dennoch darf der Qualitätsanspruch an die Ausbildung nicht herabgeschraubt werden. Eine sich wandelnde Gesellschaft verlangt immer mehr von einer modernen und bürgernahen Polizei. Hinzu kommt eine immer differenziertere Rechtsprechung, auf die auch die Polizei zu reagieren hat“, stellten Masannek und Petersen fest. Die erhöhten Einstellungs- und Ausbildungskapazitäten zögen aber zwangsläufig auch einen zusätzlichen Raumbedarf nach sich, erläuterte Axel Dunst. Er unterstrich: „25 Auszubildende sind die absolute Obergrenze für die Klassengrößen der Ausbildungsgruppen. Ansonsten ist der Unterrichtserfolg gefährdet.“ Dabei verwies Dunst auf seine langjährigen Erfahrungen als Fachlehrer, aber auch auf Gespräche mit Verantwortlichen. Lediglich zu einzelnen Themen sei eine Vermittlung von Unterrichtsinhalten im Rahmen von Vorlesungen und damit für einen vergrößerten Teilnehmerkreis denkbar. Aber dafür müssten Hörsäle ebenfalls noch geschaffen werden, so Dunst. Auch personell bedeuteten die erhöhten Einstellungszahlen im Bereich

der Lehrkräfte für die PD AFB einen immensen Kraftakt, der nur mit einem entsprechenden Zuwachs aufgefangen werden könne. „Etwas Größeres darf nun nicht mehr hinzukommen“, unterstrich Dunst unter Hinweis auf die personellen Engpässe der Fachlehrer für den Ausbildungsbereich. Dunst erinnerte daran, dass das Fortbildungsangebot nach einer Organisationsreform innerhalb der PD AFB aufgrund einer nicht mehr ausreichenden Anzahl von Lehrkräften bereits merklich reduziert worden sei.

Weitestgehend zufrieden zeigten sich die JUNGE-GRUPPE-Vertreter mit den Wohnbedingungen in der PD AFB. Langfristig sei jedoch eine Zweibettbelegung anzustreben. Derzeit teilen sich noch drei Auszubildende ein Zimmer. Das Angebot zur Freizeitgestaltung auf Hubertushöhe sei jedoch verbesserungswürdig, insbesondere im sportlichen Bereich, so Masannek und Petersen. Gleichzeitig unterstrichen beide die Forderung der GdP, dass die Anhebung des Einstiegsamtes im mittleren Polizeivollzugsdienst ein Schritt in die richtige Richtung gewesen sei. Die Umsetzung habe aber beim „Bestandspersonal“ zu Unmut geführt. „Deshalb muss die Beförderungssituation in der Polizei verbessert werden“, so Masannek und Petersen. Im mittleren Dienst müssen das Amt der Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage und im gehobenen Dienst das Besoldungsamt A 11 kurz- oder mittelfristig auf jeden Fall erreichbar sein. Die beiden jungen Polizisten sprachen sich dafür aus, dass im Bereich der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein (PD AFB) endlich umgehend für die dort untergebrachten Anwärter ein leistungsstarker WLAN-Zugang auch zur privaten Nutzung zur Verfügung stehen sollte. Dies insbesondere auch, weil der Polizeinachwuchs zum Wohnen in der Unterkunft verpflichtet sei. Hier habe es schon in der Vergangenheit bereits entsprechende zuzugende Signale gegeben, ohne dass



**Im Austausch: Broder Petersen, Katharina Masannek, Axel Dunst, Regina Poersch und Simone Lange.**

sich bislang konkret etwas getan habe, so Axel Dunst.

Am Ende des anderthalbstündigen Gesprächs waren Simone Lange und Regina Poersch beeindruckt von den Erklärungen der beiden Nachwuchspolizisten. „Wir haben einen guten Einblick in die Lebensumstände der jungen Polizeiauszubildenden auf Hubertushöhe erhalten“, so die beiden SPD-Abgeordneten. Dies helfe bei den politischen Verhandlungen.

Und in der Frage des WLAN-Zugangs zeigten sich Lange und Poersch bereits zuversichtlich, dass die bereits länger anstehende Planung alsbald erfolgreich umgesetzt werde. „Wir werden aber noch einmal nachhaken, um dem Wunsch des Polizeinachwuchses in der PD AFB Rechnung zu tragen“, versprachen die beiden Abgeordneten.

Die JUNGE GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei vertritt in Schleswig-Holstein insgesamt 1188 Nachwuchspolizisten bis zu 30 Jahren, davon allein in der PD AFB mehr als 700 Frauen und Männer.

**Foto/Text: Thomas Gründemann**

**Ann. d. Red.:** „Polizeischule bekommt WLAN“ – diese Mitteilung verkündete Regina Poersch wenige Tage nach dem Gespräch in der PD AFB. Zum 30. Juni dieses Jahres werde bei der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei (PDAFB) in Eutin Wlan (drahtloser Internetzugang) zur Verfügung stehen, berichtete die Abgeordnete und bezog sich auf eine Ankündigung von Innenminister Stefan Studt im Landtag. Dieser hatte damit auch auf mehrmonatige Bemühungen und zuletzt eine Kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Klug in gleicher Angelegenheit reagiert.

**Thomas Gründemann**



# Unerträgliche Beihilfebearbeitungszeiten

(K)ein Ende in Sicht??

**Kiel – Die Problematik ist immer wieder thematisiert worden. Eine Bearbeitungszeit von zurzeit zeitweise 40 Tagen ist schlichtweg nicht mehr hinzunehmen.**

Seit 2011 ist diese Angelegenheit ein mehr als peinliches Versagen des öffentlichen Arbeitgebers.

Auf Druck der GdP ist es allerdings immer wieder gelungen, das Problem in den Griff zu bekommen. So gab es auf Initiative der GdP-Landesseniorengruppe 2012 den Erfolg, dass die Bearbeitungszeiten von zeitweise 10 Wochen auf 14 Tage reduziert wurden. Leider nicht besonders nachhaltig.

Zu den Gewerkschaftsinitiativen gehörten fordernde Schreiben an Behörden und Ministerium, an Landtagsabgeordnete, an Parteien, an den Finanzausschuss, auch ein Brandbrief an den Ministerpräsidenten Albig. Der Petitionsausschuss wurde nicht selten individuell einbezogen. Nichts blieb unversucht.

An dieser Stelle soll keine detaillierte Betrachtung der einzelnen Facetten mehr erfolgen, weil die in der Vergangenheit ausreichend kritisiert wurden (hohe Arztrechnungen, Arzneimittelkosten, Auslagen für Pflege, Hilfsmittel usw.).

Gleichhoch ist festzustellen, dass die Beihilfe in der Regel alle Beamtinnen und Beamten betrifft oder betreffen kann; naturgemäß aber besonders die Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Nachberuflichkeit befinden.

Sie sind aus unterschiedlichen Gründen öfter länger und schwerer erkrankt, brauchen daher teure Medikamente usw.

Der GdP-Landesseniorenvorsitzende Frank Poster verabredete sich zu einem Erörterungsgespräch im Dienstleistungszentrum Personal Schleswig-Holstein (DLZP) in Kiel mit der Direktorin, Frau Silke Ruck (Foto), „ohne Block und Bleistift“, um einfach festzustellen, wo die Säge klemmt und wie am schnellsten Lösungen erreicht werden können.

Die Personalsituation im DLZP ist scheinbar derart miserabel, dass diese langen Bearbeitungszeiten entstehen. Hinzu kommen missglückte Einführungen von neuen Informationstechniken, auch Krankenstände.

Ja – eigentlich befindet die Landespolizei da in „guter Gesellschaft“.

Es ist ja nicht nur so, dass Beihilferechtige unter der Situation leiden. Auch die Mitarbeiter im DLZP sind mit der aktuellen Situation unzufrieden.

Der Druck muss demnach auf die Politik verschärft werden. Dafür steht Frank Poster, der auch im Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand die GdP in Sachen Beihilfe vertritt, gerade.

Folgende Maßnahmen sollen bzw. wirken z. B. bereits im Krisenmanagement der Behörde:

- Zusätzliche Einstellung von elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Obligatorische, bezahlte Samstagarbeit auf freiwilliger Basis



- Trennung von Antragsberatung und telefonischer Beratung.

Frau Ruck räumt ein, dass die Situation tatsächlich sehr problematisch ist und überhaupt nicht dem entspricht, was sie im DLZP als gute Dienstleistung verstehen.

Es wird bei Redaktionsschluss erwartet, dass binnen sechs Monaten die Beihilfebearbeitungszeiten auf dem gewünschten Niveau von 14 Tagen sind. Da schauen wir mehr als genau hin.

Bei der Gelegenheit geben wir den Wunsch von Frau Ruck weiter, bei Beschwerden den eigenen Ärger, auch wenn er sehr nachvollziehbar ist, nicht an den Kolleginnen und Kollegen im DLZP auszulassen.

Die GdP vertraut den Ankündigungen des DLZP, vertreten durch Frau Silke Ruck, schaut aber genau auf die Ergebnisse. pr

## RG-TERMINE

### Einladung!

#### Schleswig-Flensburg

**Grillen für Senioren am Mittwoch, 15. Juni 2016, 15 Uhr**, in Fahrdorf, Schützenheim. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung und wünschen uns einen gemütlichen Tag mit gutem Essen und Gesprächen. Anmeldungen bis zum 10. Juni 2016 bitte an Walter Bossen, Tel.: 0 46 21/5 36 31, oder Michael Carstensen, Tel.: 04 61/ 4 84 25 01.

#### Schleswig-Holstein Mitte

**Neumünster Seniorengruppe**  
**Einladung zum Kaffeetrinken am Mittwoch, 15. Juni 2016, 14.30 Uhr**, Restaurant & Café Friesenstube (im Haus Hog'n Dor), Klaus-Groth-Straße 37, Neumünster. Anmeldungen bitte unbedingt bis 13. Juni 2015 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21/2 25 16.

## GLÜCKWÜNSCHE

### Wir gratulieren zur Beförderung

#### zum Justizhauptsekretär

Andreas Fährmann, Dennis Heesch, Tobias Ruppe, Felix Schumacher, Stefanie Stanze, RG Justizvollzug

#### zur Lebenszeitanstellung

Timo Hüttenrauch, RG Justizvollzug  
**zum 40-jährigen Dienstjubiläum**  
Uwe Pölit, RG Lauenburg-Stormarn

#### zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Einar Riede, RG Kiel-Plön

#### zur Vermählung

Melanie Ahlf geb. Eißner und Ehemann, RG AFB; Olaf Rex geb. Stahlmeyer und Ehefrau, RG Segeberg-Pinneberg  
**in den Ruhestand traten**

Werner Boyn, RG Steinburg-Dithmarschen

**Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.**



## 5-tägige Flusskreuzfahrt mit der A-ROSA FLORA vom 11. bis 15. Dezember 2016

ab **419****Zur Adventszeit: Auf dem Rhein nach Rotterdam und Amsterdam****aROSA**  
Schöne Zeit

Erleben Sie die lebendigen Metropolen Amsterdam und Rotterdam zur Adventszeit! Rotterdam mit seiner schwindelerregenden Architektur und Amsterdam mit seinen alten Kaufmannshäusern an den Grachten, die mit schmalen Fassaden und kunstvollen Giebeln jeden verzaubern!

**Preise**

pro Person in Doppelkabine Kategorie S-Garantie	ab 419,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie A	ab 519,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie C mit franz. Balkon	ab 599,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie D mit franz. Balkon	ab 649,- €

Preise einschl. Frühbuchermäßigung.

Ab 1. September 2016 +30,- €; da ab diesem Datum der Frühbucherbonus nicht mehr gewährt wird. Einzelkabine auf Anfrage.

An- und Abreise mit der Deutschen Bahn möglich.

**Eingeschlossene Leistungen:**

- ✗ Flusskreuzfahrt mit der A-ROSA FLORA in der gebuchten Kategorie
- ✗ A-ROSA VollpensionPlus
- ✗ Ganztags hochwertige Getränke
- ✗ Täglich Mineralwasser auf der Kabine
- ✗ Freie Nutzung der Bordeinrichtungen
- ✗ 15% SPA-Ermäßigung
- ✗ WLAN kostenfrei
- ✗ Transfer Bahnhof – Schiff – Bahnhof
- ✗ Bordunterhaltung
- ✗ PSW-Reisebegleitung

**Reiseverlauf**

<b>Sonntag</b>	<b>11. Dezember 2016</b>	Köln	Abfahrt	17:00 Uhr
<b>Montag</b>	<b>12. Dezember 2016</b>	Rotterdam	Ankunft	10:00 Uhr
<b>Dienstag</b>	<b>13. Dezember 2016</b>	Rotterdam	Abfahrt	01:00 Uhr
<b>Dienstag</b>	<b>13. Dezember 2016</b>	Amsterdam	Ankunft	09:00 Uhr
<b>Mittwoch</b>	<b>14. Dezember 2016</b>	Amsterdam	Abfahrt	06:00 Uhr
<b>Donnerstag</b>	<b>15. Dezember 2016</b>	Köln	Ankunft	09:00 Uhr

Hinweise: Irrtum und Zwischenverkauf sowie Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Es gelten die Bedingungen des Veranstalters A-ROSA Flussschiff GmbH, 18055 Rostock. Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen.

**Stockholm - Perle des Nordens**ab  
€ **679**

16. bis 19. September 2016

Stockholm – oft auch als Perle des Nordens bezeichnet – kann mit vielen weltberühmten und einzigartigen Sehenswürdigkeiten aufwarten. Darunter die Klassiker wie: Skansen, Vasmuseet und Gamla Stan. Schwedens einzige „Millionenstadt“ ist das ganze Jahr eine Reise wert.

**Ihr Hotel:**

Clarion\*\*\*\*(Landeskategorie). Liegt verkehrsgünstig nahe der Altstadt. Sehenswürdigkeiten in unmittelbarer Nähe

**Preis pro Person:** im DZ ab **679,- €**  
EZ-Zuschlag 195,- €**Leistungen:**

- Zug zum Flug in der 2. Klasse
- Flüge mit der Eurowings/Germanwings in der Economy Class ab/bis Hamburg
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Sicherheitsgebühren
- 3 Hotelübernachtungen im 4\*-Hotel Clarion
- 3 x Skandinavisches Frühstücksbuffet
- Umfangreiches Besichtigungsprogramm lt. Reiseverlauf
- Ausführliche Stadtrundfahrt
- Ausgedehnter Bummel durch die historische Gamla Stan
- Alle Eintrittspreise lt. Reiseverlauf
- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseliteratur
- PSW-Reisebegleitung

**Weitere Informationen und Anmeldungen****PSW-Reisen Kiel**Max-Giese-Straße 22 · 24116 Kiel  
Telefon 0431 / 17093  
Telefax 0431 / 17092  
psw-reisen.kiel@t-online.de**PSW-Reisen Lübeck**Hans-Böckler-Straße 2 · 23560 Lübeck  
Telefon 0451 / 5021736  
Telefax 0451 / 5021758  
psw-reisen.luebeck@t-online.de[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)Fotos: Gebeco • Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG • Es gelten die Gebeco-Reisebedingungen und Hinweise.  
Hinweis: Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH&Co.KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel. Mindestteilnehmerzahl 20 Personen.  
Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit. Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

# Und was sonst noch so war ...

## 22. März

Heute werden wir über politische Initiativen zum Thema „Mutterschutz“ durch den DGB informiert. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag sieht eine Reform der Mutterschutzregeln vor. Das federführende Bundesfamilienministerium hat einen Entwurf in zweiter Fassung vorgelegt. Noch in dieser Legislaturperiode ist die Verabschiedung geplant.

### Große Unterschiede

Dauer des Mutterschutzes in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten (in Wochen)



## 24. März

1 393 568 Menschen in Schleswig-Holstein gehören der evangelischen Kirche an. Das ist etwa die Hälfte der Einwohner des Landes. 6% der Schleswig-Holsteiner sind Katholiken, 3% Muslime und 0,1% sind Juden. Diese Zahlen hat die EKD gemeinsam mit der Humboldt-Universität bekannt gegeben.

## 31. März

Die Medien melden den Tod Hans Dietrich Genschers, früherer Bundesinnenminister und -außenminister. Was viele nicht wissen, Genscher war Ehrenmitglied der GdP beim Bezirk BKA. Mit dieser Ehrenmitgliedschaft ehrte die GdP-Untergliederung Genscher für sein persönliches und politisches Engagement beim Aufbau des BKAs. Kontakt hielt Genscher stets zur GdP. So war er auch Ehrengast beim 50-jährigen Jubiläum. Als ich ihn im Rahmen eines Neujahrsempfanges in Kiel traf, wusste Genscher sofort seine Ehrenmitgliedschaft zu erwähnen.

## 5. April

Wie in jedem Jahr so auch 2016: Der DGB hat eine aktuelle Broschüre zum Steuerrecht herausgegeben. Stand: März 2016. GdP-Mitglieder erhalten sie kostenlos. Bestellungen bitte bei Dorith Stubenrauch-Schulz, E-Mail: Dorith.Schulz@gdp.de.



## 21. April

Die BAO-Flüchtlinge wird heute aufgelöst. Der Innenminister dankte den eingesetzten Beamtinnen und Beamten für ihre engagierte Mitarbeit. Die Einsatzkräfte werden wieder in den Regeldienst versetzt. Gerichtet an die Polizei sagte der Minister: „Sie haben in Zeiten großer Herausforderungen hervorragende Arbeit geleistet. Mehr noch: Sie haben ein Stück weit Geschichte geschrieben. Das wesentliche Ziel, alle Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen, wurde erreicht. Dafür gebührt Ihnen mein ausdrücklicher Dank.“

Auch die CDU äußerte sich. Astrid Damerow und Dr. Axel Bernstein sind skeptisch. Ob die BAO wirklich verzichtbar ist, werde sich zeigen, meinen die Parlamentarier.

## 22. April

Die polizeiliche Begleitung von Schwertransporten wird vielleicht bald ein Ende haben. Mit Datum von heute legt Schleswig-Holstein einen Bundesratsantrag in Berlin vor, der die Beileihung privater Dienstleister zur Begleitung von Großraum- und Schwertransporten vorsieht. Innenminister Studt begründet: „Das Aufkommen von Begleitanforderungen für Großraum- und Schwertransporte an die Landespolizei hat sich in Schleswig-Holstein in den vergangenen zehn Jahren nahezu vervierfacht. Waren es in 2006 noch 3457 Transporte, gab es in 2015 bereits 13 746 Begleitanforderungen. Ein Auf-

wuchs an Einsätzen, der für die ohnehin stark beanspruchte Polizei eine immense zusätzliche Belastung darstellt“, sagte Studt.

## 25. April

Neuer Oberstaatsanwalt in Lübeck. Zum Nachfolger von Thomas-Michael Hoffmann wurde Dr. Ralf Peter Anders durch die Justizministerin bestellt. Dr. Ralf Peter Anders ist Jahrgang 1965 und begann zum Sommersemester 1986 das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg, das er im August 1991 mit der Ersten Juristischen Staatsprüfung abschloss. Es folgten eine wissenschaftliche Tätigkeit am Max-Planck-Institut für internationales Recht in Freiburg und von 1992 bis 1995 das Referendariat in Hamburg. Nach dem Abschluss der Großen Juristischen Staatsprüfung im Mai 1995 wurde Dr. Anders Anwalt in einer Hamburger Kanzlei, trat aber zwei Jahre später in die Landesjustiz Schleswig-Holstein als Staatsanwalt in Lübeck ein. Nach einer Abordnung seit Ende 2005 ins Justizministerium wurde Dr. Anders zum Juli 2012 stellv. Leiter der Staatsanwaltschaft Lübeck und übernimmt nun deren Leitung.

## 3. Mai

Stefan Studt, Innenminister, führt vor der Landespressekonferenz zum Verfassungsschutzbericht aus:

Eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden ist der Islamismus. Der Minister: „Diese Leute sind unter uns aufgewachsen und mit der Lebensweise hierzulande vertraut“, sagte Studt. Ein weiteres Problem seien als Flüchtlinge getarnt einreisende Jihadisten. Es sei einfach nicht möglich, alle diese Personen an den Grenzen rechtzeitig zu erkennen.

Aber auch die rechtstextremistische Szene macht den Verfassungsschützern Sorge.

Es beherrschte die Anti-Asyl-Agitation die Verlautbarungen, Veranstaltungen und Versammlungen. „Diese Agitation war an verbaler Radikalität kaum noch zu überbieten“, sagte Studt. Das gelte vor allem für die sozialen Netzwerke. Die erkennbare Strafbarkeit bestimmter Äußerungen stelle grundsätzlich keine Hemmschwelle mehr dar. Wo immer der Verfassungsschutz auf entsprechende Aussagen stoße, schalte er unmittelbar die Strafverfolgungsbehörden ein.

